



# Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF

## Jahresbericht 2013

### Schwerpunkte der Kommissionstätigkeit

- Altersvorsorge 2020
- Revision des Kindesunterhaltsrechts und Mankoteilung
- Vorsorgeausgleich bei Scheidung
- Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative 11.431: Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen und Beteiligung am Runden Tisch für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen
- Stellungnahme zur Teilrevision des Vernehmlassungsgesetzes
- Elternurlaub
- Geschlechterquoten in der Wirtschaft
- Gleichstellung der Geschlechter und Rechtspluralismus
- Politische Partizipation von Frauen / Eidgenössische Wahlen 2015: Medienstudie
- CEDAW-Leitfaden für die Rechtspraxis: Fortlaufende Aktualisierung
- Dokumentation «Frauen Macht Geschichte»: Fortlaufende Aktualisierung
- «Kein Raum für Sexismus». Publikation der Zeitschrift «Frauenfragen» 2013
- Digitalisierung der EKF-Publikationen ab 1976

## 1. Die Arbeit der Kommission

### 1.1 Altersvorsorge 2020

Die Reform der Altersvorsorge stand bereits im Mittelpunkt des Antrittsbesuches des Geschäftsausschusses der EKF bei Bundesrat Alain Berset, dem Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern EDI, im Januar 2013. Die geplante Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre und die nach wie vor vorhandenen Benachteiligungen von Frauen (Lohnungleichheit, mangelnde Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Care-Arbeit etc.) waren dabei zentrale Diskussionspunkte. Im Nachgang zu diesem Treffen hat sich die EKF intensiv mit den Leitlinien des Bundesrates zur

Altersvorsorge 2020 auseinandergesetzt und sich laufend über den Stand des Reformprojektes informieren lassen (so unter anderem von Frau Sibel Oezen, Bereichsleiterin Leistungen AHV/EO/EL, und Frau Lara Gianinazzi vom Bundesamt für Sozialversicherungen BSV, an der Plenarsitzung vom 18. September 2013). Wie von Bundesrat Berset gewünscht, gab die EKF im Frühjahr eine schriftliche Stellungnahme zu den Leitlinien der Reform ab und Vertreterinnen der Kommission trafen sich im Oktober mit Vertreterinnen und Vertretern des BSV und des Generalsekretariates EDI zu einem erneuten Informations- und Gedankenaustausch. Die von der EKF eingesetzte Arbeitsgruppe «Altersvorsorge 2020» hat sich während des ganzen Jahres intensiv mit den verschiedenen Vorschlägen zur Reform befasst und wird 2014 weiterarbeiten. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Vorbereitung der Stellungnahme, welche die Kommission im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Anfang 2014 einreichen wird. (Stellungnahme verfügbar auf [www.ekf.admin.ch/dokumentation/00441/index.html?lang=de](http://www.ekf.admin.ch/dokumentation/00441/index.html?lang=de))

## **1.2 Revision des Kindesunterhaltsrechts und Mankoteilung**

Im Rahmen der Ausarbeitung der Botschaft hat das Bundesamt für Justiz BJ im Anschluss an die Auswertung der Vernehmlassung mit verschiedenen Fachpersonen aus Lehre und Praxis Gesprächsrunden durchgeführt, an denen Elisabeth Keller als Geschäftsführerin der EKF und Elisabeth Freivogel, lic.iur. LL.M, Advokatin und Mediatorin SAV, teilnahmen. Die Kommission hat sich an der Ämterkonsultation im September 2013 nochmals kritisch zu den zentralen Fragestellungen der Revision geäußert. Die EKF bemängelt insbesondere, dass die Vorlage für die Mankofälle keine Verbesserung bringt und auch die Einführung eines Kinder-Mindestunterhalts abgelehnt wird. Aus Sicht der Kommission löst die Vorlage damit das immer wieder deklarierte Grundanliegen der Revision, nämlich die Stärkung des Kindes und seines Unterhaltsanspruches, nicht ein. (Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren verfügbar auf [www.ekf.admin.ch/dokumentation/00441/index.html?lang=de](http://www.ekf.admin.ch/dokumentation/00441/index.html?lang=de))

## **1.3 Vorsorgeausgleich bei Scheidung**

Die EKF hat sich zum Vorsorgeausgleich bei Scheidung sowohl im Vernehmlassungsverfahren von 2010 geäußert (vgl. <http://www.ekf.admin.ch/dokumentation/00441/index.html?lang=de>) als auch aktuell im Ämterkonsultationsverfahren im Laufe dieses Jahres. Angesichts der weitreichenden Konsequenzen der rechtlichen Regelungen für die Betroffenen hat die EKF im August 2013 die Mitglieder der Rechtskommission des Ständerates in einem Schreiben auf folgende Punkte aufmerksam gemacht: Die Möglichkeit der überhälftigen Teilung des Vorsorgeguthabens wird von der EKF begrüßt. Hingegen betrachtet die EKF als negativ, dass der Stichtag der Teilung des Vorsorgeguthabens nicht mehr das Datum des Scheidungsurteils, sondern das Datum der Einreichung der Scheidungsklage ist. Damit wird die vorsorgeschwächere Person deutlich benachteiligt und schlechter gestellt als bisher.

Bei der Teilung der Rente wie auch beim Herauslösen eines Teils des Kapitals trotz bereits eingetretenem Vorsorge- bzw. Invaliditätsfall ist ungeklärt, wie und ob die Leistungsfähigkeit der pflichtigen Person berücksichtigt werden muss. Die Leistungsfähigkeit darf keine Rolle spielen, was im Gesetz explizit zu nennen ist.

#### **1.4 Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative 11.431: Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen und Beteiligung am Runden Tisch für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen**

Im Januar 2013 äusserte sich die EKF in einer Stellungnahme und in einer Medienmitteilung zum Vorschlag der Rechtskommission des Nationalrates, ein Bundesgesetz über die Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen zu schaffen. Das Gesetz soll für Frauen und Männer gelten, die in der Schweiz bis in die 1970er Jahre durch eine kantonale oder kommunale Behörde administrativ versorgt und zu Unrecht in eine Anstalt eingewiesen worden sind. Die EKF unterstützt das Gesetz; sie engagiert sich bereits seit 2007 für die Rehabilitierung von Frauen, die (bis 1981) in der Strafanstalt Hindelbank administrativ versorgt worden sind. Der Nationalrat (Erstrat) hat das neue Bundesgesetz am 4. Dezember 2013 gutgeheissen bzw. verabschiedet. Der Ständerat wird sich voraussichtlich in der Märzsession 2014 damit befassen. (Stellungnahme verfügbar auf <http://www.ekf.admin.ch/dokumentation/00441/index.html?lang=de>)

Bundesrätin Simonetta Sommaruga entschuldigte sich am 11. April 2013 anlässlich eines Gedenkanlasses für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen im Namen des Bundesrats für das grosse Leid, das den Betroffenen angetan worden ist. Am 13. Juni 2013 startete der von Bundesrätin Sommaruga ins Leben gerufene Runde Tisch für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Das Gremium hat den Auftrag, die Aufarbeitung der historischen, juristischen, finanziellen, gesellschaftspolitischen und organisatorischen Fragen im Zusammenhang mit Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen zu initiieren und zu koordinieren. Neben Betroffenen und dem Bund sind die Kantone, Städte, Gemeinden, Institutionen und Organisationen, Kirchen und die Wissenschaft vertreten. Die Geschäftsführerin der EKF nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Runden Tisches teil. Zur Arbeit des Runden Tisches siehe [www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch/de/runder\\_tisch.html](http://www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch/de/runder_tisch.html) und [www.ekf.admin.ch/themen/00501/00578/index.html?lang=de](http://www.ekf.admin.ch/themen/00501/00578/index.html?lang=de).

#### **1.5 Stellungnahme zur Teilrevision des Vernehmlassungsgesetzes**

Im März 2013 verabschiedete die EKF eine Stellungnahme zur geplanten Teilrevision des Vernehmlassungsgesetzes. Die Kommission begrüsst die Stossrichtung der Revision, wonach das Verfahren in Bezug auf Fristen und Formen einheitlicher und transparenter gestaltet werden soll. Sie ist jedoch der Auffassung, dass die Teilnahme von ausserparlamentarischen Kommissionen des Bundes am Vernehmlassungsverfahren auf

Gesetzesstufe geregelt werden muss. In der vom Bundesrat im November verabschiedeten Botschaft an das Parlament ist dieses Anliegen nun aufgegriffen worden: Neu sollen zur Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren auch ausdrücklich die interessierten ausserparlamentarischen Kommissionen eingeladen werden. (Stellungnahme verfügbar auf <http://www.ekf.admin.ch/dokumentation/00441/index.html?lang=de>)

## **1.6 Elternurlaub**

Nachdem der Bundesrat Ende Oktober 2013 den Bericht «Vaterschaftsurlaub und Elternurlaub. Auslegeordnung und Präsentation unterschiedlicher Modelle» (in Erfüllung des Postulats Fetz 11.3492 vom 6. Juni 2011) verabschiedete, hat Anna Liechti, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Bundesamtes für Sozialversicherungen BSV, den Bericht im November den EKF-Mitgliedern im Kommissionsplenium vorgestellt.

Im Unterschied zum Bundesrat betrachtet die EKF die Schaffung eines gesetzlich geregelten und bezahlten Elternurlaubs als notwendige und prioritäre Massnahme zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer: Die Kommission setzt sich seit langem für einen gesetzlich geregelten Elternurlaub ein und hat schon 2011 ein Positionspapier zum Elternurlaub publiziert (Positionspapier verfügbar auf <http://www.ekf.admin.ch/dokumentation/00441/index.html?lang=de>). Sie wird sich deshalb auch im kommenden Jahr mit dieser Thematik befassen.

## **1.7 Geschlechterquoten in der Wirtschaft**

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft ist in den meisten europäischen Ländern und auch in der Schweiz gering und hat zu Debatten über die Einführung von Quotenregelungen geführt. Die EKF hat deshalb Prof. Dr. iur. Regula Kägi-Diener das Mandat erteilt, ein Grundlagenpapier zum Thema zu erstellen. Das Plenum der Kommission hat sich auf der Basis dieser Auslegeordnung intensiv mit den verschiedenen Aspekten der Untervertretung von Frauen in Führungspositionen befasst und an der letzten Plenarsitzung des Jahres 2013 über mögliche Forderungen diskutiert. In der ersten Hälfte 2014 sollen die Forderungen der Kommission vorliegen. Das Grundlagenpapier von Prof. Dr. iur. Regula Kägi-Diener ist ab Anfang 2014 auf Deutsch und Französisch verfügbar auf [www.ekf.admin.ch/dokumentation/00442/index.html?lang=de](http://www.ekf.admin.ch/dokumentation/00442/index.html?lang=de).

## **1.8 Gleichstellung der Geschlechter und Rechtspluralismus**

Die EKF hat sich mit Fragen des Rechtspluralismus im Zusammenhang mit der Gleichstellung von Frau und Mann beschäftigt und zur Bearbeitung der Fragestellungen eine kommissionsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese erarbeitete im Laufe des Jahres ein (internes) Diskussionspapier mit Ausführungen zur Definition von Rechtspluralismus, zur

Frauendiskriminierung in Familien-, Erb- und strafrechtlichen Angelegenheiten, Schlichtungs- und Streitentscheidungsmechanismen in Gemeinschaften («community based») und den Regeln des Internationalen Privatrechts (IPRG) in der Schweiz. Für 2014 ist ein Workshop mit externen Fachpersonen geplant, um die Thematik weiter zu vertiefen. Ziel ist die Erarbeitung eines Positionspapiers der Kommission.

### **1.9 Politische Partizipation von Frauen / Eidgenössische Wahlen 2015: Medienstudie**

Das Plenum der EKF hatte sich bereits 2012 dafür ausgesprochen, im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 2015 eine Medienstudie zu realisieren und damit an frühere Arbeiten der Kommission anzuschliessen. Nach umfangreichen Vorabklärungen wurde im April 2013 der Medienwissenschaftlerin Dr. Ursula Schwarb vom Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung (IPMZ) der Universität Zürich der Auftrag erteilt, ein wissenschaftliches Konzept für eine solche Studie auszuarbeiten. Das Konzept, das im Plenum der EKF vom 18. November 2013 genehmigt wurde, liefert einen Forschungsplan dafür, wie die mediale Repräsentation von weiblichen und männlichen Kandidierenden in den drei Landesteilen im Vorfeld der eidgenössischen National- und Ständeratswahlen 2015 in Text und Bild erfasst werden kann. Von übergeordnetem Interesse ist, ob die Kandidatinnen angemessen, d.h. entsprechend ihrer Präsenz auf den Wahllisten in der Berichterstattung erscheinen, und inwiefern es auch 2015 noch zu stereotypen Darstellungen von männlichen und vor allem weiblichen Kandidierenden kommt. Zur wissenschaftlichen Begleitung des Projekts hat die Kommission folgende externe Fachpersonen beigezogen: Prof. Dr. Klaus Neumann-Braun, Universität Basel, Medienwissenschaftler; Bettina Nyffeler, BAKOM, Medienwissenschaftlerin; und Dr. Werner Seitz, Bundesamt für Statistik, Politologe.

### **1.10 CEDAW-Leitfaden für die Rechtspraxis: Fortlaufende Aktualisierung**

Die EKF lancierte 2012 einen praxisorientierten Leitfaden, der interessierten Anwältinnen, Anwälten und Rechtsberatern die wichtigsten Informationen zum UNO-Frauenrechtsübereinkommen CEDAW liefert. Mit Stichdatum 1. August 2013 wurden die verschiedenen Kapitel des Online-Tools aktualisiert. Ziel des Leitfadens ist es, Juristinnen und Juristen mit diesem internationalen Instrument vertraut zu machen und anhand von Modellbeispielen zu zeigen, wie es vor Schweizer Gerichten genutzt werden kann. Der Leitfaden ist kostenlos verfügbar auf [www.ekf.admin.ch/dokumentation/00596/index.html?lang=de](http://www.ekf.admin.ch/dokumentation/00596/index.html?lang=de).

### **1.11 Dokumentation «Frauen Macht Geschichte»: Fortlaufende Aktualisierung**

Die Faktenblätter der Kommission, die die wichtigsten Daten und Fakten zu Politik, Recht und Bildung ab 2001 vermitteln, sind bis Ende 2013 in der Rohfassung aktualisiert worden. Sie bilden die Fortsetzung zur Dokumentation zur Geschichte der Gleichstellung von 1848 bis 2000. Die Aktualisierung wird im Lauf von 2014 in drei Sprachen (deutsch, französisch und italienisch) auf der Website der EKF verfügbar sein:

[www.ekf.admin.ch/dokumentation/00444/00516/index.html?lang=de](http://www.ekf.admin.ch/dokumentation/00444/00516/index.html?lang=de).

### **1.12 «Kein Raum für Sexismus». Publikation der Zeitschrift «Frauenfragen» 2013**

Der alltägliche Sexismus gegenüber Frauen und Mädchen äussert sich auf vielerlei Arten: In aufdringlichen Blicken, in der Sprache, in anzüglichen oder herablassenden Bemerkungen und Gesten, in ungewollten körperlichen Berührungen, in sexistischen Werbeplakaten und in den Medien. Bis heute sind die Handlungsspielräume der Geschlechter im öffentlichen Raum unterschiedlich gross. Immer mehr Frauen wehren sich auf unkonventionelle Weise gegen diese Zumutungen. Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift fragt, was Sexismus mit Rollenstereotypen und den Machtverhältnissen zwischen Frauen und Männern zu tun hat. Beleuchtet wird sowohl die Auswirkung von Stadtplanung auf die Geschlechterbilder als auch der Zusammenhang zwischen zunehmender gesellschaftlicher Sexualisierung und Sexismus. Geklärt wird, wie es mit dem (rechtlichen) Schutz vor Sexismus aussieht, und in den Interviews und Porträts zeigt sich, was Engagement gegen Sexismus alles umfassen kann.

«Frauenfragen» erscheint jeweils im November als Jahresheft. Die Artikel sind auch auf der EKF-Website verfügbar:

<http://www.ekf.admin.ch/dokumentation/00507/index.html?lang=de>.

### **1.13 Digitalisierung der EKF-Publikationen ab 1976**

Die EKF-Publikationen der letzten Jahre liegen alle in elektronischer Form vor und können via Internet unkompliziert benutzt werden. Die früheren Veröffentlichungen waren jedoch nur in gedruckter Form verfügbar. Um sie einfach zugänglich zu machen, wurden alle Berichte der EKF ab 1976 (Gründungsjahr) sowie alle Nummern der Fachzeitschrift „Frauenfragen“ (erschieden ab 1978) eingescannt und im PDF Format gespeichert. Die elektronischen Versionen werden archiviert und im Lauf von 2014 auf unserer Website aufgeschaltet. Damit steht allen Interessierten ein spannender Querschnitt durch die Entwicklung der Gleichstellungsdiskussion in der Schweiz zur Verfügung.

## **1.14 Weitere Themen**

### **1.14.1 Inkrafttreten der neuen Bestimmungen zur gemeinsamen elterlichen Sorge**

Die EKF hat sich im Oktober 2013 in einem Schreiben an Bundesrätin Sommaruga dafür eingesetzt, dass die Regelung der elterlichen Sorge statt Anfang 2014 erst 2015 in Kraft gesetzt wird. Die neu geschaffenen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden KESB sind bereits mit einer ausserordentlichen Belastung bei der Anwendung des revidierten Kindes- und Erwachsenenschutzrechts konfrontiert und die zusätzliche Arbeitslast der KESB aufgrund der zu erwartenden Anträge betreffend der elterlichen Sorge ist nicht mehr vertretbar. Die KESB muss in die Lage versetzt werden, die Sorgerechtsanträge speditiv und kompetent bearbeiten zu können. Dies liegt im Interesse aller Beteiligten. Der Bundesrat hat nun entschieden, dass die neuen Bestimmungen per 1. Juli 2014 in Kraft treten.

### **1.14.2 Anrechnung der AHV-Erziehungsgutschriften bei Scheidungen**

Die Einführung des gemeinsamen Sorgerechts als Regel hat zur Folge, dass auch die Erziehungsgutschriften der AHV in Zukunft stets zwischen den geschiedenen Ehepartnern geteilt werden sollen. Diese Anpassung würde zu einer indirekten Diskriminierung der geschiedenen Mütter führen, da sie gravierende Renteneinbussen in Kauf nehmen müssten. Die EKF hat sich deshalb in einem Schreiben im November 2013 an Bundesrätin Sommaruga und Bundesrat Berset dafür eingesetzt, dass die Erwerbs- und Betreuungsrealität der Mehrheit der Familien berücksichtigt wird. Die Kommission schlägt vor, die entsprechenden Bestimmungen so zu ändern, dass bei geschiedenen Eltern, analog zur Regelung bei ledigen Eltern, die Erziehungsgutschriften im Regelfall der Mutter voll angerechnet werden, es sei denn, die Eltern hätten eine Teilung oder die volle Anrechnung an den Vater ausgehandelt.

### **1.14.3 Vermächtnis Isabelle Mahrer**

Isabelle Mahrer, langjähriges und engagiertes Mitglied der EKF von 1976 bis 1987, verstorben am 6. Mai 2013, vermachte in ihrem Testament ihre Bibliothek der Dokumentationsstelle für Frauenfragen, welche früher von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen unterhalten wurde. In Absprache mit der von Frau Mahrer beauftragten Willensvollstreckerin und Erbin, dem Schweizerischen Sozialarchiv und dem Staatsarchiv Aargau sorgte das EKF-Sekretariat dafür, dass der geschichtlich relevante private und berufliche Nachlass von Isabelle Mahrer ins Staatsarchiv Aargau überführt werden konnte. Die historisch wertvollen Zeugnisse dokumentieren das Leben einer aussergewöhnlichen Frau, die sich zeitlebens für die Rechte der Frauen engagierte.

## 1.15 Veranstaltungen und Kontakte

Weitere Themen an den EKF-Plenarsitzungen waren:

- Backlash/Neokonservatismus
- Arbeitsschwerpunkte 2013 des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG und die Session der UN Commission on the Status of Women vom 4.–15. März 2013 (Sylvie Durrer, Direktorin EBG, am Plenum vom 27. Februar 2013)
- Nationales Forschungsprogramm «Gleichstellung der Geschlechter» (NFP 60). Präsentation des aktuellen Zwischenstandes (Prof. Dr. Brigitte Liebig) sowie die beiden Projekte «Care»-Trends in Privathaushalten: Umverteilen oder auslagern?» (Prof. Annegret Wigger) und «Geschlecht, Generationen und Gleichstellung in der Schweizer Landwirtschaft AgriGenre» (Dr. Yvan Droz und Dr. Fenneke Reysoo) am Plenum vom 26. Juni 2013

An diversen Veranstaltungen nahmen die Präsidentin bzw. die Geschäftsführerin der EKF teil und brachten die Anliegen der Kommission ein:

- 28. Februar: Erste Sitzung des Fachbeirates zum Programm des Bundes zur Bekämpfung von Zwangsheirat
- 2. März: Tag der Frau an der MUBA
- 7. März: Tagung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS «Blickpunkt Kind. Anforderungen an die Sozialhilfe»
- 11. April: Gedenk Anlass für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen mit Bundesrätin Sommaruga
- 13. Juni und 25. Oktober: Runder Tisch für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen
- 13. Mai und 22. November: Sitzungen des Beirates des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte SKMR
- 6.-15. Juni: VOIX DES FEMMES: Shamsia – Rollenbilder im öffentlichen Raum
- 28. August: jährliches Arbeitstreffen des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG mit Frauen-, Männer- und Gleichstellungsorganisationen
- 8. November: Tagung des NFP 60 in der Abschlussphase
- 15. November: 12. Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB zum Thema «Gute Arbeit – Gutes Leben! Pour des bonnes conditions de travail, adesso e in futuro!»
- 22. November: nationale Konferenz «Geschlechtsspezifische Gewalt: Internationale Vereinbarungen und ihre Umsetzung in der Schweiz», durchgeführt vom Eidg. Department für auswärtige Angelegenheiten EDA und dem Eidg. Department des Innern EDI
- 17. Dezember: Jubiläumsveranstaltung «10 Jahre TERRE DES FEMMES Schweiz» im Kunstmuseum Bern
- Teilnahme an den Sitzungen des AHV-Frauenbündnisses



- Teilnahme an den Delegiertenversammlungen der Frauendachverbände NGO Koordination post Beijing, alliance F und Schweizerischer Katholischer Frauenbund SKF

## **2. Die EKF als ausserparlamentarische Kommission des Bundes**

### **2.1 Plenum**

2013 traf sich die Kommission zu insgesamt vier Plenarsitzungen (27. Februar, 26. Juni, 18. September, 18. November).

### **2.2 Präsidium**

Geschäftsausschuss und Sekretariat der EKF führten Planungs- und Koordinations-sitzungen an folgenden Daten durch: 11. Januar, 16. Januar, 3. April, 18. Juni, 10./11. September (Retraite), 23. Oktober, 11. Dezember.

### **2.3 Sekretariat**

Die drei Mitarbeiterinnen des Sekretariats teilen sich insgesamt 150 Stellenprozent (Geschäftsführerin 65 %, wissenschaftliche Mitarbeiterin 40 %, administrative Assistentin 50 %). Die wissenschaftliche Praktikumsstelle der EKF umfasst 80 Stellenprozent.

### **2.4 Budget**

Die Kommission verfügte 2013 über ein Budget von 192'400 CHF.

### **2.5 Rücktritte und Wahl neuer Mitglieder**

Folgende Rücktritte waren zu verzeichnen: Giona Mattei (auf Ende 2012), Markus Theunert (Ende März 2013), Barbara Gisi, Rita Bühlmann-Fries und Peter Mösch Payot (auf Ende 2013). Neu in die EKF wurden gewählt: auf den 1. April 2013 Rosemarie Weibel und Markus Gygli sowie auf den 1. Januar 2014 Simone Curau-Aeppli, Jean-Philippe Dunand und Manuel Keller (vollständige Mitgliederliste unter [www.ekf.admin.ch/org/00450/00475/index.html?lang=de](http://www.ekf.admin.ch/org/00450/00475/index.html?lang=de)).

### **3. Ausblick auf die Kommissionstätigkeit 2014**

#### **Themen**

Stellungnahme in der Vernehmlassung zur Altersvorsorge 2020

Stellungnahme zum Bericht des Bundesrates «Vaterschaftsurlaub und Elternurlaub. Auslegeordnung und Präsentation unterschiedlicher Modelle» (Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Fetz (11.3492) vom 6. Juni 2011)

Stellungnahme zur Revision des Kindesunterhaltsrechts (Botschaft des Bundesrates zum Kindesunterhaltsrecht)

Alimentenbevorschussung und Alimenteninkasso

Politische Partizipation von Frauen / Eidgenössische Wahlen 2015: Medienstudie

Gleichstellung der Geschlechter und Rechtspluralismus

Aufdatierung des elektronischen CEDAW-Leitfadens für die Rechtspraxis

Aktualisierung von «Frauen Macht Geschichte»

Stellungnahme zum 4./5. Staatenbericht der Schweiz an den CEDAW-Ausschuss

#### **Ständige Aufgaben**

Abgabe von Stellungnahmen zu frauen- und gleichstellungsrelevanten Gesetzesvorlagen und Mitarbeit an Revisionen

Publikation von Stellungnahmen und Aktivitäten der Kommission zu aktuellen Themen auf der EKF-Website

Publikation der Fachzeitschrift «Frauenfragen»

Durchführung von Anlässen / Mitarbeit und Teilnahme an Veranstaltungen

Mitarbeit in Arbeitsgruppen und Projekten des Bundes

Austausch und Zusammenarbeit mit Fachkreisen, Nicht-Regierungsorganisationen und Institutionen